

22

Beglaubigte Abschrift

StS 20/48

Ss 57/48

(32) 248/47

227/47

14 KlS 42/47

B e s c h l u s s

Strafsache

gegen

den Fabrikarbeiter Leopold Theodor Goosmann,  
geb. 1. Oktober 1906 in Hamburg.

Auf den Vorlegungsbeschluss des Hanseatischen  
Oberlandesgerichts in Hamburg vom 18. Mai 1948 hat  
der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone in  
Köln in der Sitzung vom 24. Juli 1948 beschlossen:

Die Akten sollen an das Oberlandes-  
gericht zur Entscheidung über die Re-  
vision zurückgeleitet werden.

G r ü n d e :

Vorgelegt wurde die Sache deshalb, weil die  
Ansicht der Oberlandesgerichte darüber, wie es beim  
Zusammentreffen eines Unmenschlichkeitsverbrechens  
mit deutschrechtlicher Straftat zu halten ist,  
nicht einheitlich ist. Diese Rechtsfrage hat der  
Senat in seinem Urteil vom 4. Mai 1948 -StS 6/48-  
(ZJBl. 1948 S. 160) und in seinem zur Veröffentlichung  
bestimmten Urteil vom 20. Juli 1948 -StS 31/48-  
entschieden. Zur erneuten Entscheidung dieser  
Rechtsfrage besteht kein Anlass. Da auch keine  
andere Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung  
zur Entscheidung steht, sind die Akten gemäss  
§ 36 der Verordnung vom 17. November 1947 in Über-

einstimmung mit dem Antrage des Generalstaats-  
anwalts an das Vorlegungsgericht zurück<sup>zu</sup>leiten.

gez.Dr.Staff,    gez.Dr.Geier,    gez.Dr.Kuhn.



Beglaubigt:  
*[Signature]* Kanzleivorsteher  
als Urkundsbauer der Geschäftsstelle  
des Obersten Gerichtshofes  
für die Britische Zone